

Freitag, 19. August 2011

## „Massive Versäumnisse“

Arnold (SPD) fordert attraktivere Bedingungen für Freiwilligendienste

**NÜRTINGEN (pm).** Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) sieht seine Bedenken, wonach der Bundesfreiwilligendienst (BFD) und der Freiwillige Wehrdienst überhastet eingeführt worden seien, bestätigt: „Die Zahlen sprechen für sich: Im Juli waren beim BFD gerade einmal 6000 von 35 000 Plätzen belegt. Auch beim Freiwilligen Wehrdienst sieht es düster aus, die Bundesregierung rechnete im Juli mit 15 000 Freiwilligen, tatsächlich liegt die Zahl aber bei etwa 3500.“ Schon einen Monat nach Einführung des Freiwilligen Wehrdienstes hätten knapp 13 Prozent der Freiwilligen ihren Dienst wieder quittiert.

Arnold wirft der Bundesregierung das Fehlen eines Gesamtkonzepts für die Einführung der beiden neuen Dienste vor. Versäumnisse gebe es dahingehend, dass kaum Veränderungen im Vergleich zum vorgegangenen Wehrdienst unternommen worden seien. „Jemanden, der freiwillig seinen Wehrdienst ableistet, kann man doch nicht gleich behandeln, wie einen früheren Wehrpflichtigen. Man muss angemessene Umgangsformen für die Freiwilligen entwickeln.“ So müssten qualitative Veränderungen, wie beispielsweise eine Bevorzugung bei der Studienplatzvergabe, eingeführt werden. Andererseits müsse der Wehrdienst grundsätzlich attraktiver beworben werden.

Beim Bundesfreiwilligendienst zahlen laut Arnold die sozialen Dienste vor Ort den Preis für Versäumnisse der Bundesregierung. Der SPD-Mann kritisiert, dass Undurchsichtigkeiten und fehlende Informationen beim neuen BFD dazu führten, dass die ehemaligen Zivildienststellen kaum besetzt würden: „Durch die fehlenden Stellen geraten die sozialen Dienste vor Ort massiv unter Druck. Teilweise müssen sie andere Unternehmen für die einstige Arbeit der Zivildienstleistenden beauftragen. Dies führt zu massiven finanziellen Belastungen im sozialen Bereich.“

Das Familienministerium habe nicht vereinbarte Quotenregelungen getroffen, die sich zu Lasten der etablierten Freiwilligendienste, vor allem zu Lasten des Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ), auswirkten, meint Arnold. So bekämen nur diejenigen Träger eine Förderung des Bundesfamilienministeriums, die auf drei FSJ-Stellen zwei BFD-Stellen schaffen. Arnold glaubt, dass die Bundesregierung vorhat, den Bundesfreiwilligendienst auf Kosten des Freiwilligen Sozialen Jahres auszubauen.

Arnold plädiert dafür, alle Freiwilligendienste in gleichem Maße attraktiver für junge Menschen zu machen. Dies schließe auch ein Mehr an materieller und ideeller Förderung ein.